

Beschlüsse aller angenommenen Anträge
Wirtschaftsparlament NÖ 27.5.2026

5. Senkung der KU2
Präsident KommR Wolfgang Ecker

Beschluss:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich bekennt sich zum österreichweiten Reformprozess. Die Kammerumlage 2 wird schrittweise so gesenkt, dass der Hebesatz im Jahr 2030 0,18 Prozent beträgt. Gleichzeitig sind für eine ausgeglichene Finanzgebarung entsprechende Strukturveränderungen vorzunehmen. Der konkrete Umsetzungspfad wird im Erweiterten Präsidium der WKNÖ festgelegt.“

Einstimmig angenommen.

5.1 Abänderungsantrag
Stärkung des Wirtschaftsstandorts
Vizepräsident KommR Dr. Christian Moser

Beschluss:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich setzt sich dafür ein, dass konkrete Entbürokratisierungsmaßnahmen umgesetzt werden, um österreichische Unternehmen zu entlasten und von den hohen Bürokratieaufwendungen und -kosten zu befreien.

1. Reduktion der Lohnnebenkosten
2. Keine zusätzlichen Belastungen des Faktors Arbeit
3. Zeitgerechte Arbeitsmodelle für minderjährige Lehrlinge - 4 Tage Woche; Lehrlingsförderung
4. Vollständige Nutzung der Wohnbaumilliarde
5. Faire Rahmenbedingungen für die betriebliche PKW-Nutzung
6. Rasche Umsetzung der UVP-G Novelle und GewO-Novelle Anlagenrecht
7. Nacht 60er abschaffen
8. Entgeltfortzahlung
9. Einsatz von Preisindexierungen durch öffentliche Auftraggeber und gemeinnützige Wohnbaugesellschaften
10. Fairness durch gleiche Rahmenbedingungen für gewerbliche Lebensmittelhersteller und landwirtschaftliche Direktvermarkter
11. Digitaler Wandel-Chancen für KMU nutzen“

Einstimmig angenommen.

5.2 Betriebe von Bürokratie befreien - Konkrete Entbürokratisierungsmaßnahmen umsetzen
Vizepräsident KommR Mag. Erich Moser

Beschluss:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich setzt sich dafür ein, dass konkrete Entbürokratisierungsmaßnahmen umgesetzt werden, um österreichische Unternehmen zu entlasten und von den hohen Bürokratieaufwendungen und -kosten zu befreien.

1. Unbürokratische Umsetzung der Entgelttransparenz-RL
2. Schnelle Umsetzung der Entbürokratisierungsmaßnahmen (z.B. Erhöhung der Buchführungsgrenzen und diverser Meldegrenzen)
3. Abschaffung von Bagatellsteuern
4. Reduktion Bahnzwang Abfalltransporte

5. Arbeitnehmer:innenschutz entbürokratisieren“

Einstimmig angenommen.

5.3 Wettbewerbsfähige und sichere Energieversorgung

Vizepräsidentin KommR Monika Eisenhuber

Beschluss:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich wird aufgefordert an die Wirtschaftskammer Österreich und an die politischen Vertreter des Landes Niederösterreich mit dem Ersuchen heranzutreten, sich dafür einzusetzen, dass die in der Begründung beschriebenen Forderungen zur Einführung eines Gewerbedieselpreises bzw. zur Versorgungssicherheit und Preisdämpfung rasch umgesetzt werden.

1. Gewerbediesel: Erstattung der MÖSt für Gewerbebetriebe und Aussetzung der CO₂-Steuer
2. Keine Eingriffe in die Preisbildung
3. Förderung und nicht Verhinderung von alternativen Treibstoffen wie HVO
4. Österreich braucht ein modernes Energierecht zur raschen Erhöhung des Energieangebotes“

Mehrheitlich angenommen.

5.4 Wettbewerbsfähigkeit und Sozialpartnerschaft nicht durch Bürokratie ausbremsen!

Vizepräsident KommR Thomas Salzer und KommR DI Helmut Schwarzl

Beschluss:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich wird aufgefordert an die Wirtschaftskammer Österreich und an die politischen Vertreter sowie die Sozialpartner mit dem Ersuchen heranzutreten, mit aller Energie neue horizontale EU-Vorgaben durch weitere uneinheitliche Regelungen und die Überlagerung von Vorschriften zu verhindern und darauf hinzuwirken, bestehende EU-Instrumente vorrangig zu nutzen und Belastungen zu minimieren, anstatt weiter auszubauen. Die Wirtschaftskammerorganisation soll sich intensiv in die Ausgestaltung des für Ende 2026 angekündigte EU-Quality Job Act einbringen und eine weitere bürokratische Belastung verhindern.“

Einstimmig angenommen.

5.5 Gemeinsamer Abänderungsantrag

(Nieder-)Österreich - Energie- und Zukunftsreich

Vizepräsident KommR Thomas Salzer, KommR DI Helmut Schwarzl, KommR Hon. Kons. Veit Schmid-Schmidfelden

Beschluss

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich wird aufgefordert an die Wirtschaftskammer Österreich und an die politischen Vertreter des Landes Niederösterreich mit dem Ersuchen heranzutreten, dringend Maßnahmen zur Senkung der Energiekosten und zur langfristigen Absicherung der Energieversorgung zu setzen sowie offen alle Optionen zu diskutieren, um den Wirtschaftsstandort mit Energie und Zukunft zu beleben.

So soll als wichtiger Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit und zur Senkung der Energiekosten die Strompreiszonentrennung Österreich - Deutschland endlich aufgehoben werden.

Weiters sollen in Österreich offen und ohne Denkverbot alle Möglichkeiten der erneuerbaren Energie evaluiert werden, um zukünftig eine planbare Energieversorgung sicherzustellen. Auch wird die rasche Umsetzung der in der Regierungserklärung, in der

Industriestrategie des Bundes und auch in einem Nationalratsbeschluss vom 23.04.2026 angekündigte Geothermiestrategie und die erforderlichen Gesetzesänderungen gefordert.“

Einstimmig angenommen.

**5.6 Gesamtwirtschaft entlasten, Kreditvergabe sichern, Investitionen ermöglichen:
Antrag auf Abschaffung des undifferenzierten Systemrisikopuffers für
Gewerbeimmobilien
KommR Mag. Reinhard KARL**

Beschluss:

„Die Wirtschaftskammer NO möge im Wege der Bundeswirtschaftskammer an die Bundesregierung bzw. an die dafür zuständigen Behörden herantreten und anregen, die geplante stufenweise Erhöhung des sektoralen Systemrisikopuffers für Gewerbeimmobilienkredite abzulehnen und stattdessen auf eine differenzierte, risikoadäquate Ausgestaltung zu setzen.

Der Antrag zielt darauf ab, dass es gerade in wirtschaftlich fordernden Zeiten wichtig ist, die Wettbewerbsfähigkeit des Bankensektors zu erhalten, die Kreditversorgung der Real-Wirtschaft nicht weiter einzuschränken und prozyklische Belastungen, insbesondere des Bau- und Baunebengewerbes und somit des Wirtschaftsstandorts Österreich zu vermeiden.“

Einstimmig angenommen.

**5.7 Entgelttransparenzrichtlinie: Unnötige Bürokratie verhindern, Unternehmen entlasten und Interessen wirksam vertreten
DI Armin RAINER und Jürgen Margetich**

Beschluss:

„Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Niederösterreich möge beschließen, das Präsidium der Wirtschaftskammer Niederösterreich aufzufordern, ihre gesetzliche Aufgabe als Interessenvertretung im Bereich der Entgelttransparenzrichtlinie wahrzunehmen und ihre Mitglieder mit verlässlichen Informationen und konkreten Umsetzungshilfen zu servicieren. Dazu sind insbesondere folgende Maßnahmen unverzüglich - jedenfalls vor dem 7. Juni 2026 - umzusetzen:

1. Klares Bekenntnis der Wirtschaftskammer Niederösterreich zur Lohntransparenz und zur Schließung des Gender Pay Gaps sowie aktives Einsetzen bei den zuständigen Stellen auf nationaler und europäischer Ebene für eine wirksame, gleichzeitig praxistaugliche und KMUgerechte Erreichung dieser Ziele.
2. Verlässliche Information aller Mitglieder über Inhalt, Anwendungsbereich, Pflichten, Fristen, Schwellenwerte und Sanktionsrisiken der Richtlinie sowie über den jeweils aktuellen Stand des österreichischen Umsetzungsverfahrens.
3. Bereitstellung eines konkreten, KMU-tauglichen Servicepakets, bestehend aus übernehmbaren Muster-Gehaltsbandmodellen und Stellenbewertungsrastern für die wichtigsten Branchen, Musterformulierungen für Stellenausschreibungen, Auskunftsanworten und betriebliche Entgelttrichtlinien und einer schriftlichen Praxisleitlinie.
4. Klare und nachvollziehbare Positionierung der Wirtschaftskammer Niederösterreich im laufenden österreichischen Begutachtungs- und Gesetzgebungsverfahren mit dem Ziel einer KMU-gerechten Ausgestaltung - insbesondere mit folgenden Eckpunkten:

- (a) Safe Harbor für KMU bei Einhaltung definierter Mindeststandards;
- (b) Bereitstellung standardisierter Gehaltsmodelle als Übernahmeoption;
- (c) klare Compliance-Definition zur Vermeidung von Interpretationsspielräumen;
- (d) Bewertung des Gehaltssystems insgesamt statt Einzelfallprüfung;
- (e) vertiefte Pflichten ausschließlich bei nicht objektiv erkläraren Abweichungen oberhalb der 5-Prozent-Schwelle und keine nationale Verschärfung über die Richtlinienvorgaben hinaus.“

Mehrheitlich angenommen.

5.8 Keine Wertanpassung seit 2001: Auslandsreisekostensätze erhöhen

DI Armin RAINER und Jürgen Margetich

Beschluss

„Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Niederösterreich möge beschließen, die verantwortlichen Stellen in der Bundesregierung und Verwaltung aufzufordern, die aktuell gültigen Auslandsreisekostensätze um 25 % anzuheben und für die Zukunft eine Regelung zu treffen, die eine automatische Wertanpassung dieser Sätze vorsieht, sobald der Verbraucherpreisindex (VPI) um 5 % im Vergleich zur jeweils letzten Erhöhung ansteigt.“

Einstimmig angenommen.

5.10 Abänderungsantrag

Bürokratie radikal abbauen - Betriebe entfesseln, Standort stärken, Leistung ermöglichen

Reinhard Langthaler, Ing. Michael Sommer, Mst. Oskar Kammerzelt

Beschluss:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich wird ersucht, bis zur nächsten Sitzung des Wirtschaftsparlaments ein umfassendes Maßnahmenpaket zum Bürokratieabbau vorzulegen und auf allen politischen Ebenen aktiv einzufordern.

Dieses Maßnahmenpaket soll konkrete Schritte zur Beendigung von Gold Plating, zur Reduktion von Melde-, Nachweis-, Dokumentations- und Berichtspflichten, zur praxisgerechten Umsetzung europäischer Vorgaben, zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren sowie zur Einführung von One-in-two-out, KMU-TÜV, Bürokratiekosten-Index, One-Stop-Shop und Only-Once-Prinzip enthalten.

Ziel ist eine spürbare und messbare Entlastung der niederösterreichischen Betriebe, mehr unternehmerische Freiheit, mehr Rechtssicherheit, schnellere Verfahren und eine deutliche Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich und Österreich.“

Mehrheitlich angenommen.

5.11 Energiepreise drastisch senken - Wettbewerbsfähigkeit des Standorts sichern!

Reinhard Langthaler, Hubert Pelikan, Mst. Oskar Kammerzelt

Beschluss:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich wird ersucht, umgehend an die Bundesregierung heranzutreten, um eine drastische Senkung der Energiepreise sicherzustellen. Dies umfasst insbesondere die Abschaffung der CO₂-Bepreisung, die Einführung eines wettbewerbsfähigen

Gewerbediesels, die Reform des Strommarktmodells sowie die nachhaltige Reduktion aller energiebezogenen Steuern, Abgaben und Netzkosten. Ziel ist eine sofortige, spürbare und dauerhafte Entlastung der heimischen Wirtschaft.“

Einstimmig angenommen.

5.12 Bauen wieder leistbar machen - Verfahren beschleunigen, Auflagen reduzieren, Investitionen ermöglichen

Reinhard Langthaler, KommR Werner Zainzinger, MBA, Gregor Milosavljevic

Beschluss:

„Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Niederösterreich fordert eine umfassende Reform der baurechtlichen Rahmenbedingungen mit dem Ziel, das Bauen wieder leistbarer, schneller und investitionsfreundlicher zu machen. Die Wirtschaftskammer Niederösterreich soll sich dafür auf Landes- und Bundesebene sowie innerhalb der Wirtschaftskammer Österreich mit Nachdruck einsetzen.

1. Vereinfachung und Vereinheitlichung des Baurechts
2. Einheitliche und praxistaugliche Umsetzung der OIB-Richtlinien
3. Abbau von Gold Plating und überzogenen Auflagen
4. Beschleunigung von Bauverfahren
5. Stärkung des Servicegedankens der Baubehörden
6. Prüfung eines erweiterten vereinfachten Bauverfahrens nach dem Vorbild der Wiener Bauordnung
7. Stärkung der Technologie- und Bauweisenneutralität
8. Entlastung der Bauwirtschaft und Senkung der Baukosten“

Einstimmig angenommen.

5.15 Digitale Souveränität stärken - Zugang zu digitalen Werkzeugen für EPU und KMU verbessern

August Lechner, Mag. Claudia Haider-Kasztler, Monika Hobek, BA

Beschluss:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich wird beauftragt, auf Bundesebene sowie im Rahmen der Wirtschaftskammerorganisation folgende Maßnahmen zu prüfen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln:

1. Zugang zu digitalen Werkzeugen verbessern
Prüfung ergänzender Unterstützungsmodelle
Prüfung, inwieweit bestehende Förderinstrumente um Modelle ergänzt werden können, die auch laufende Nutzungskosten digitaler Anwendungen in geeigneter Form berücksichtigen, unter Beachtung der geltenden beihilfenrechtlichen Rahmenbedingungen.
2. Nutzungsvorteile für Mitgliedsbetriebe schaffen
Prüfung von Rahmenvereinbarungen
Prüfung der Möglichkeit, durch transparente und wettbewerbskonforme Rahmenvereinbarungen oder Sammellösungen einen vergünstigten Zugang zu ausgewählten digitalen Anwendungen für Mitgliedsbetriebe zu ermöglichen.
3. Innovations- und Technologiestandort stärken
Förderung technologischer Vielfalt und Souveränität

Prüfung von Maßnahmen, die Anreize für die Nutzung europäischer und österreichischer digitaler Lösungen schaffen, unter Wahrung der technologischen Offenheit und der freien Anbieterwahl.“

Mehrheitlich angenommen.

5.16 Faire Bedingungen für KMU bei öffentlichen Auftragsvergaben

Vizepräsident KommR Thomas Schaden, KommR Alfred Strohmayer, MSc, MBA

Beschluss:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich soll sich dafür einsetzen, dass öffentliche Auftragsvergaben in der Form gestaltet werden, dass

- kleine und mittlere Unternehmen dabei faire Bedingungen vorfinden und nicht gerechtfertigte Hindernisse für KMU beseitigt werden und
- im konkreten unverhältnismäßigen und für die Vergabe und Leistungserstellung nicht zwingend nötigen Vorgaben und Anforderungen bei öffentlichen Auftragsvergaben aller Ebenen, die kleine und mittlere Betriebe benachteiligen, ein Ende gesetzt wird.

Nicht nachvollziehbare und für die Erfüllung eines Auftrags sachlich nicht notwendige und nicht gerechtfertigte Auflagen und Forderungen nach Mindestumsätzen, Referenzen, Eignungs- und Kalkulationsnachweisen dürfen KMU den Zugang zu öffentlichen Aufträgen nicht erschweren.“

Einstimmig angenommen.

5.17 Einfacher Zugang für Unternehmer:innen zur Unterstützungsleistung bei Krankheit

Vizepräsident KommR Thomas Schaden, KommR Senator h.c. Manfred Rieger

Beschluss:

„Die Wirtschaftskammer Niederösterreich soll sich dafür einsetzen, dass

- eine deutlich flexiblere und patientenfreundlichere Regelung bei der Krankmeldung und Krankenstandsbestätigung für Selbstständige vorgenommen und die zweiwöchige Meldepflicht im Zusammenhang mit dem Bezug von Unterstützungsleistung (Krankengeld) für Selbstständige abgeschafft wird, sodass der Aufwand für die Meldepflicht und die Gefahr, dass bereits geringfügige Fristversäumnisse zu Verzögerungen bei der Auszahlung der Unterstützungsleistung führen, erheblich reduziert werden,
- die Meldepflicht für Selbstständige bei Arbeitsunfähigkeit der Regelung für Arbeitnehmer:innen angeglichen wird. Nach der Arbeitsunfähigkeitsmeldung durch den Arzt sollen die Unternehmer:innen bis zur ärztlichen Bestätigung der Arbeitsfähigkeit keine weitere Bestätigung der Arbeitsunfähigkeit erbringen müssen.“

Einstimmig angenommen.